Volkswirtschaft der Schweiz

Grundsätze

Jede Volkswirtschaft hat über ihre Wirtschaftsordnung zu entscheiden.

Die drei Grundsatzfragen einer Wirtschaftsordnung sind:

1. WAS wird produziert ?
2. WIE wird produziert ?
3. Für WEN wird produziert ?

Merkmale einer Wirtschaftsordnung sind:

Merkmale	Bsp. Planwirtschaft	Bsp. Marktwirtschaft
Subordinationsproblem	Vorwiegend kollektive Ziele	Individuelle Freiheit im Mittelpunkt
Koordinationsproblem	Steuerung d. Wirtschaft durch einen Plan	Steuerung der Wirtschaft durch den Markt
Triebkraft der Wirtschaft	Betreben nach Planerfüllung	Individuelles Gewinnstreben
Eigentumsordnung	All Produktionsmittel sind verstaatlicht. Keine freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl	Privateigentum
Zuteilung d. Güter u. Dienste an Konsumenten	Rationierung über Einkommens- und Preispolitik	Zuteilung über individuelle Kaufkraft
Rolle d. Staates	Der Staat dominiert alles	Der Staat setzt den Rahmen

Die schweizerische Staats- und Rechtsordnung beruht traditionellerweise auf einem liberalen Standpunkt. Im Zentrum steht die freie Entscheidung der selbstverantwortlichen Einzelnen. Ausgehend von individuellen wirtschaftlichen Freiheitsrechten spielt die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Wirtschaftsteilnehmern in der schweizerischen Wirtschaftsverfassung eine zentrale Rolle.

Die Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung kommen in der Bundesverfassung und der Gesetzgebung zum Ausdruck.

Geldverfassung

Die Geldverfassung beinhaltet alle Normen, die der Ordnung des Geldwesens auf nationaler und internationaler Ebene dienen

Finanzverfassung

Die Finanzverfassung umfasst die Gesamtheit der Normen, welche die öffentliche Finanzwirtschaft ordnen sollen

Die Wirtschaftsordnung der Schweiz**Marktverfassung**

Die Marktverfassung umfasst alle Normen die der Ordnung d. Marktgeschehens dienen.
--> Zulassung d. Wirtschaftssubjekte, Vertragsrecht
Wettbewerbspolitik

Verhältnis Bürger-Staat

- liberaler Standpunkt
- HGF = Abwehrrecht das staatsfreien Raum sichert

Abweichungen von der HGF

- Einschränkung d. HGF nur mit verfassungsmässig verankerter Legitimation BV ART 31 ABS 2, 3
- Zielkonflikt soz. Verantwortung <--> Ausschluss des Staates

Verhältnis Bürger-Bürger

- Privatautonomie --> freie Gestaltung d. Wirtschaftsbeziehungen
- Vertragsfreiheit --> Wirtschaftliche Beziehungen sind Privatsache

Wettbewerbsbeschränkungen in der Privatwirtschaft

- Freiheit d. Privatwirtschaft kann aufgrund der Vertragsfreiheit beeinträchtigt werden. --> Absprachen, Kartelle
- Die Schweiz ist ein Land mit hoher Kartelldichte --> hohes Preisniveau

Wettbewerbspolitik

- Wettbewerbspolitik versucht den Marktprozess als Wettbewerbs- und Konkurrenzprozess zu gestalten.
- Die 2 Möglichkeiten zur Herstellung d. Wettbewerbes sind:
 1. Verbotsprinzip --> Verbot von Kartellen mit Erlaubnisvorbehalt
 2. Missbrauchsprinzip --> Kartelle sind zugelassen, gegen Missbräuche wird vorgegangen.
- Die Schweiz hat das Missbrauchsprinzip gewählt. BV ART 31
- Die Frage der Konzentration bleibt in der Wettbewerbspolitik d. Schweiz weitgehend ausgeklammert. --> Macht durch Fusionen und Monopole

Produktionsverfassung

1. Eigentumsverfassung. --> Regelung der Nutzungs- u. Verfügungsrechte an Produktionsfaktoren u Gütern --> gewährleistet Autonomie u sport zur Leistung an.

Die Institutsgarantie

- Die Institutsgarantie bedeutet, dass das Privateigentum nicht grundsätzlich abgeschafft werden kann. BV ART. 22TER

Die Bestandesgarantie

- Der Staat kann Schranken f. konkrete individuelle Eigentumsrechte aufstellen.
- Die individ. Eigentumsrechte werden vor staatlichen Eingriffen geschützt.
- Beschränkungen der Bestandesgarantie müssen auf klarer gesetzlicher Grundlage beruhen und durch ausreichendes öffentliches Interesse gedeckt sein.
- Konflikt: Allgemeininteresse <--> Rechte, Interessen einzelner Privater

Wert- und Vermögensgarantie

Bei Enteignung ist volle Entschädigung zu leisten

2. Unternehmens-, Betriebs- und Arbeitsverfassung --> Rechte u. Pflichten AN AG, Form d. Organisation, Zuständigkeiten d. Organe, Verantwortlichkeiten, Zusammenwirken, Führung, Finanzierung und Haftung von Unternehmen

Die Unternehmensverfassung

- Die Unternehmensverfassung ist das OR -> mögliche Gesellschaftsformen, Aktienrecht

Die Betriebsverfassung

- Regelung d. Mitsprache d. MA an d. Unternehmensleitung --> Informationsrecht, Mitspracherecht, Mitentscheidungsrecht
- Die Betriebsverfassung wird über die GAV's zw. den Sozialpartnern geregelt.

Die Arbeits- und Sozialverfassung

- Regelung dieser Fragen über Gesetz oder Vertrag. In d. Schweiz werden beide angewandt
- Gesetzliche Basis: Vereinsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Arbeitskampffreiheit, Vertragsfreiheit
- In der Schweiz gilt für die Erhaltung des Arbeitsfriedens Vertrag vor Gesetz
- Die wichtigsten Vertragstypen sind: Individuelles Arbeitsrecht, Kollektives Arbeitsrecht